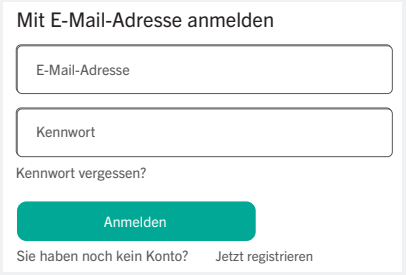
Das mittelständische Unternehmen zwischen Zivil- und Steuerrecht

24. November 2026,
Nr. 05258144

Kostenbeitrag:
525,– € (USt.-befreit)

Anmeldung über die neue DAI-Webseite
www.anwaltsinstitut.de
mit vielen neuen Services:



- Zugriff auf alle digitalen Unterlagen zur Fortbildung: Von Arbeitsunterlage bis zur Teilnahmebescheinigung
- Komfortable Umbuchungsmöglichkeiten
- Direkter Zugriff auf alle digitalen Lernangebote
- Speichern interessanter Fortbildungen auf Ihrer persönlichen Merkliste

DAI-Newsletter – Jetzt anmelden

Einfach QR-Code scannen oder unter
www.anwaltsinstitut.de/dainewsletter/

Die DAI Online-Vorträge LIVE

Bei einem Online-Vortrag LIVE verfolgen Sie die Fortbildung zum angegebenen Termin über das eLearning Center. Ein moderierter textbasierter Chat ermöglicht Ihnen die Interaktion mit den Referierenden und anderen Teilnehmenden. Sie benötigen nur einen aktuellen Browser, eine stabile Internetverbindung und Lautsprecher. Die Arbeitsunterlage steht elektronisch zur Verfügung.

Teilnahmebescheinigung nach § 15 Abs. 2 FAO

Das DAI stellt die Voraussetzungen zum Nachweis der durchgängigen Teilnahme sowie die Möglichkeit der Interaktion während der Dauer der Fortbildung bereit. Die Online-Vorträge LIVE werden damit wie Präsenzveranstaltungen anerkannt und können für die gesamten 15 Zeitstunden genutzt werden.

Kontakt

Deutsches Anwaltsinstitut e. V.
Gerard-Mortier-Platz 3, 44793 Bochum
Tel. 0234 970640
info@anwaltsinstitut.de
Vereinsregister des Amtsgerichts Bochum: VR-Nr. 961

Veranstaltungszeiten

Dienstag, 24. November 2026
9.00 – 10.30 Uhr
10.45 – 12.15 Uhr
13.15 – 14.45 Uhr
15.00 – 16.30 Uhr

Dauer: 6 Zeitstunden – § 15 FAO

Titelfoto: © alvarez – iStock

DAI Deutsches Anwaltsinstitut e.V.

FACHINSTITUTE FÜR STEUERRECHT/HANDELS- & GESELLSCHAFTSRECHT



Das mittelständische Unternehmen zwischen Zivil- und Steuerrecht

Online-Vortrag LIVE

24. November 2026
Online

www.anwaltsinstitut.de

Gemeinnützige Einrichtung der Bundesrechtsanwaltskammer, Bundesnotarkammer, Rechtsanwaltskammern und Notarkammern.

Leitung

Prof. Dr. Roland Wacker, Rechtsanwalt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a. D.

Referenten

Dr. Sebastian Berkefeld, Notar
Dr. Heinrich Hübner, Rechtsanwalt, Steuerberater
Thorsten Kontny, Ministerialrat, Finanzministerium NRW
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karsten Schmidt, Bucerius Law School
Prof. Dr. Roland Wacker, Rechtsanwalt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a. D.

Mitwirkend

Manfred Born, Vors. Richter am Bundesgerichtshof

Inhalt

Die kompetente steuer- und gesellschaftsrechtliche Beratung mittelständischer Unternehmen setzt tiefgehende Spezialkenntnisse voraus, die oftmals den Blick auf ganzheitliche Problemlösungen verstellen. Dem wirkt die vorliegende Tagung entgegen. In den spezifischen Generalthemen führen hochkarätige Referenten aus Beraterschaft, Gerichtsbarkeit und Wissenschaft aktuelle Problemfelder rund um das mittelständische Unternehmen praxisnah zusammen. Den Teilnehmern wird dadurch eine souveräne Beratung auf sicherem Fundament ermöglicht. Dazu trägt auch die umfangreiche und aktuelle Arbeitsunterlage bei.

Bescheinigung

Über die Teilnahme wird eine qualifizierte Bescheinigung zur Vorlage bei der Rechtsanwaltskammer ausgestellt (§15 FAO).

Arbeitsprogramm

A. Aktuelle Entwicklungen

I. Zivilrecht
- Miteigentum versus Gesellschaftsvermögen

II. Steuerrecht
1. Grunderwerbsteuer und Erbschaft-/Schenkungsteuer)
   a) Änderung des GrEStG durch das 9. StÄndG
   b) Auswirkungen des EuGH-Urteils v. 04.06.2026 C-837/24 auf die Besteuerung von Anteilserwerben
2. Ertragsteuerrecht
   a) Aktuelles, Rückblick und Ausblick
   b) Gesetz zur Förderung privater Investitionen und des Finanzstandorts (Standortfördergesetz)
   c) Neuntes Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes (sowie weiterer Steuervorschriften)
   d) Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2026
   e) Weitere Gesetzgebungsvorhaben

B. Rechtsformunabhängige Fragen

I. Gesellschaftsrecht
- Austausch von Dokumenten im Handelsregister

II. Steuerrecht
1. Grunderwerbsteuer und Erbschaft-/Schenkungsteuer
   - Neue Rechtslage zum Verhältnis von Anteilsvereinigung und Wechsel im Gesellschafterbestand („Signing/Closing“)
2. Ertragsteuerrecht
   a) Aktuelles zum Umwandlungssteuerrecht
   b) Außersteuerliche Begrenzung der sonstigen Gegenleistung i.S.v. § 20 UmwStG durch das UmRuG
   c) Zulässigkeit eines Sachagios im Rahmen einer Ausgliederung nach dem Umwandlungsgesetz

C. Personengesellschaften

I. Gesellschaftsrecht
1. Nichtabfindungsversicherung bei Abtretung von KG-Anteilen nach MoPeG?
2. Keine Anwendung § 179a AktG auf Publikums-KG
3. Schiedsvereinbarung einer KG: Bindung auch der Komplementär-GmbH?
4. Kurze Einführung zum Nießbrauch an Gesellschaftsanteilen

II. Steuerrecht
1. Grunderwerbsteuer
   - Rechtsprechung zu § 1 Abs. 2a GrEStG
2. Ertragsteuerrecht
   a) Unentgeltliche Übertragung eines Teilmitunternehmeranteils auf eine Personengesellschaft
   b) Unentgeltliche Übertragung eines Gewerbebetriebs unter Nießbrauchsvorbehalt
   c) Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern – Trennungstheorie
   d) Mitunternehmerrisiko eines stillen Gesellschafters

D. Kapitalgesellschaften

I. Gesellschaftsrecht
1. Gestaltungsanforderungen bei Kaskaden-/Staffettengründung
2. Prüfungskompetenz des Registergerichts bei Einreichung von Gesellschafterlisten
3. Hinauskündigungsrechtsprechung und Manager-Modell
4. Aktiengesellschaft — Organpflichten bei Stillstand der Geschäfte
5. Geschäftsführerhaftung nach § 826 BGB auch für Schäden nach der Amtsniederlegung
6. Verdeckte Ausschüttungen und Inhaltskontrolle von Hauptversammlungsbeschlüssen über Vergleiche mit Organmitgliedern

II. Steuerrecht
1. Grunderwerbsteuer und Erbschaft-/Schenkungsteuer
   a) § 2b GrEStG: Verkürzung und Verlängerung der Beteiligungskette
   b) § 7 Abs. 8 GrEStG: Werterhöhung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft
2. Ertragsteuerrecht
   a) Nochmals Umwandlungssteuerrecht
   b) Anforderungen an einen Antrag auf Buchwertfortführung nach § 21 Abs. 2 Satz 3 und 4 UmwStG 2006; Vereinbarkeit des Antragserfordernisses mit Unionsrecht
   c) Sanierungsklausel nach § 8c Abs. 1a KStG
   d) Fremdüblichkeit einer auf Entgeltumwandlung beruhenden Pensionszusage